

SEC gibt Mission auf und wird bzgl. der Klimaveränderung wach

geschrieben von Chris Frey | 10. April 2022

[H. Sterling Burnett](#)

Mit der Ernennung von Demokraten an der Spitze und der Ermutigung durch die Biden-Regierung ist die angeblich unabhängige US-Börsenaufsichtsbehörde (SEC) in Sachen Klimawandel plötzlich hellwach bzgl. des Klimawandels.

Die SEC hat ihren gesetzlichen Auftrag, nämlich Anleger vor Betrug und die Märkte vor Insiderhandel und Manipulation zu schützen, weit hinter sich gelassen und beschlossen, dass sie weiß, worauf Manager von börsennotierten Unternehmen, Portfolio- und Fondsmanager sowie Anleger achten sollten. Vergessen Sie die Erzielung von Gewinnen für die Unternehmen und ihre Anteilseigner, die finanzielle Lage und die Aussichten eines Unternehmens auf der Grundlage von Geschäfts- und Markt kennzahlen oder die Gewährleistung eines sicheren, komfortablen Ruhestands für die Rentner. Nach Ansicht der SEC sollte all dies dem Kampf gegen den Klimawandel untergeordnet werden.

Die SEC verfügt über keine besonderen Fachkenntnisse in der Klimawissenschaft, und soweit ich feststellen konnte, gibt es keinen Hinweis darauf, dass sie mit Leuten besetzt ist, die dafür bekannt sind, die Zukunft im Allgemeinen oder sogar das zukünftige Wetter im Besonderen vorhersagen zu können. Nichtsdestotrotz macht es sich die SEC zur Aufgabe, Investoren und Unternehmen vorzuschreiben, dass sie den Klimawandel berücksichtigen müssen, weil sie der Meinung ist, dass er die Geschäftsaussichten jedes Unternehmens beeinflusst und dass Investoren darüber Bescheid wissen sollten.

Die von der SEC vorgeschlagenen Regeln würden von börsennotierten Unternehmen verlangen, dass sie die Treibhausgasemissionen, die durch ihre eigene Tätigkeit und die von Unternehmen in ihrer Lieferkette sowie von den Stromversorgern, die sie mit Energie versorgen, entstehen, verfolgen und darüber berichten. Darüber hinaus müssen die Unternehmen darüber berichten, wie sich der Klimawandel derzeit auf ihr Geschäft auswirkt, wie er sich wahrscheinlich in Zukunft auf sie auswirken wird und was sie als Reaktion darauf unternehmen, einschließlich der Schritte, die sie zur Verringerung ungiftiger Treibhausgasemissionen unternehmen.

Diese Vorschriften werden den Unternehmen Hunderte von Millionen, möglicherweise sogar Milliarden von Dollar aus ihrem Kerngeschäft entziehen, um den Auftrag der SEC zu erfüllen, das künftige Klima vorherzusagen, seine steuerlichen Auswirkungen auf die

Geschäftstätigkeit zu berücksichtigen und als Hüter ihrer eigenen Verbündeten zu fungieren, indem sie die Emissionen ihrer Energieversorger und Lieferanten sowie ihre eigenen Emissionen überwachen. Wo sind all die Orakel, Seher und Kohlenstoff-Buchhalter, die die Unternehmen einstellen müssen, um die Zukunft vorauszusagen und die erwarteten Emissionen ihrer eigenen und anderer Unternehmen zu prüfen?

Ein großer Teil der von großen, börsennotierten Einzelhandelsketten verkauften Kleidung und der von börsennotierten Kaufhäusern, Elektronik- und Mobiltelefonläden verkauften Elektronik wird von Unternehmen in Übersee hergestellt und mit im Ausland registrierten Schiffen versandt. Die Quellen für diese Artikel fallen nicht in den Zuständigkeitsbereich oder die Kontrolle der SEC, und es ist unwahrscheinlich, dass sie Geld für die Verfolgung von Kohlendioxidemissionen aus ihrer Produktion verschwenden, ganz zu schweigen von der Quelle ihres Stroms und ihrer Zulieferer, nur weil die SEC möchte, dass ihre amerikanischen Unternehmenskunden Ressourcen für die Verfolgung solcher Emissionen verschwenden.

Was ist mit den Fast-Food-Giganten und Lebensmittelgeschäften? Unabhängig davon, ob ihr Rind-, Hühner-, Schweinefleisch und ihre Meeresfrüchte, der Weizen, der in ihre Brötchen kommt, und das Gemüse und Obst, das sie verwenden oder verkaufen, von inländischen Erzeugern oder aus dem Ausland stammen, werden die Erzeuger oft relativ kleine, nicht eingetragene Unternehmen sein, die nicht an das Mandat der SEC gebunden sind. Das wird die Berichterstattung der Unternehmen über die Lieferkette erschweren.

Die Berichte könnten daher beklagenswert unvollständig sein und die Unternehmen für Untersuchungen der SEC wegen mangelnder Compliance und Transparenz sowie für Proteste oder Klagen von Aktivisten wegen unzureichender oder unvollständiger Berichterstattung anfällig machen. Alternativ könnten die Konzernriesen versuchen, ihre ausländischen Hersteller und in- oder ausländischen Landwirte und Viehzüchter zu zwingen, ihre Kohlenstoffemissionen zu überwachen oder zu melden, wenn sie weiterhin mit den Konzernriesen Geschäfte machen wollen. Ich gehe davon aus, dass die SEC die großen Unternehmen dazu bringen will, ihr finanzielles Gewicht in die Waagschale zu werfen, um kleine Produzenten zur Einhaltung der Klimaziele der Biden-Regierung zu zwingen.

Das ist vielleicht nicht so einfach. Die Hersteller könnten ihren SEC-Klimaaufsehern sagen, dass sie ihre Waren anderswo verkaufen sollen, z. B. auf den aufkeimenden Märkten in China, Indien und Brasilien. Sie könnten in Länder verkaufen, in denen die Regulierungsbehörden, sofern es sie überhaupt gibt, mehr darauf bedacht sind, den Unternehmen zu helfen, Gewinne zu erzielen und Arbeitsplätze für die Bevölkerung zu schaffen, als sich mit fernen, ungewissen und wahrscheinlich ungerechtfertigten Klimaängsten zu beschäftigen. Das würde die Preise für all diese Güter in den Vereinigten Staaten erhöhen, da das Angebot

reduziert würde, was die bereits außer Kontrolle geratene Inflation weiter anheizen würde. Außerdem können wir davon ausgehen, dass die derzeitige Krise in der US-Versorgungskette und die zunehmend leeren Regale im Vergleich zu dem, was noch kommen wird, im Moment noch großartig aussehen werden.

Alternativ könnten die ausländischen und kleinen inländischen Produzenten versuchen, ihre Emissionen zu verfolgen. Dies würde jedoch ihre Kosten erhöhen, und diese zusätzlichen Kosten würden mit Sicherheit in Form höherer Preise an die Verbraucher weitergegeben werden, so wie die höheren Energiekosten, die wir derzeit vor allem aufgrund von Bidens Klimapolitik erleben und die für einen großen Teil der heutigen hohen Inflationsrate und der steigenden Verbraucherpreise verantwortlich sind.

In beiden Fällen werden diese Maßnahmen den Verbrauchern schaden. Sie werden auch Anlegern, Pensionsfonds und Rentnern schaden – genau den Gruppen also, welche die SEC eigentlich schützen sollte.

Die Faktoren, die den Erfolg oder Misserfolg börsennotierter Unternehmen wesentlich beeinflussen können, sind den Führungskräften und Managern der Firmen und Fonds selbst am besten bekannt, nicht der SEC, anderen Aufsichtsbehörden, Politikern oder selbsternannten Interessenvertretern, einschließlich Klimaaktivisten, die nicht aktiv an dem betreffenden Geschäft beteiligt sind.

Die Auswirkungen des Klimawandels in 20, 30, 50 oder 100 Jahren sind unbekannt und können nicht abgeschätzt werden. Den Projektionen von Klimasimulations-Computermodellen für die Zukunft kann man nicht trauen. Sie haben die vergangenen und gegenwärtigen Temperaturen, die grundlegendsten Prognosen, die sie machen müssen, durchweg zu hoch angesetzt. Außerdem haben die Modelle verschiedene Klimabedingungen und Wetterereignisse immer wieder falsch eingeschätzt. Alle Prognosen von Klimamodellierern sollten mit Vorsicht genossen werden.

Während private Gesellschaften und Unternehmen aus einer beliebigen Anzahl nicht geschäftsbezogener Ursachen gegründet werden können, die den persönlichen Wünschen und Neigungen ihrer Eigentümer entsprechen, werden börsennotierte Unternehmen gegründet, um Gewinne für ihre Eigentümer zu erwirtschaften, obwohl die Manager in ihren Gründungserklärungen und Offenlegungen auch andere Faktoren für die Gründung eines Unternehmens angeben können. Dementsprechend sollten die Manager von börsennotierten Unternehmen und Fonds bestrebt sein, die Gewinne für ihre Anleger zu maximieren.

Pensionsfondsmanager haben in der Regel die gesetzliche Treuepflicht, genau dies zu tun und keine Investitionsentscheidungen zu treffen, die auf nicht geschäftlichen Erwägungen beruhen und die Portfoliorenditen mit hoher Wahrscheinlichkeit schmälern würden. Die Politik der Manager eines Unternehmens oder eines Fonds sollte nicht in die Geschäfts- oder Anlageentscheidungen einfließen, es sei denn, die Manager geben in ihrer

Satzung und in öffentlichen Bekanntmachungen ausdrücklich an, dass die Geschäfts- und Anlageentscheidungen von einem bestimmten ideologischen Standpunkt oder einer Reihe politischer Anliegen geleitet werden. Viele oder die meisten Anleger werden solche Fonds klugerweise meiden.

Wenn Aufsichtsbehörden, Politiker und Aktivisten wollen, dass ein Unternehmen oder ein Fonds die Risiken, Auswirkungen und Chancen des Klimawandels bei seinen Geschäfts- und Investitionsentscheidungen berücksichtigt, können sie Aktien oder Anleihen des Unternehmens kaufen, wie jeder andere Anleger auch. Dann können sie auf den jährlichen Vorstandssitzungen oder anderen regelmäßigen Veranstaltungen des Unternehmens ihre Wünsche als Miteigentümer zum Ausdruck bringen. Sie können versuchen, die Unternehmens- oder Fondsmanager davon zu überzeugen, die potenziellen Risiken und Vorteile des Klimawandels zu berücksichtigen und ihre Treibhausgasemissionen zu überwachen und zu verringern.

Gelingt ihnen das nicht, können sie klimabezogene Resolutionen einbringen, gleichgesinnte Kandidaten für den Vorstand vorschlagen und versuchen, eine Mehrheit der Aktienbesitzer davon zu überzeugen, ihre Resolutionen, Richtlinien und Kandidatenlisten zu unterstützen. In den letzten Jahrzehnten wurden Tausende von klimabezogenen Resolutionen und Kandidaten für Vorstandsposten mit Schwerpunkt auf Klimafragen vorgeschlagen. Die meisten wurden von den Anlegern entschieden abgelehnt. Dies, und nicht etwa illegale SEC-Mandate, ist der richtige Weg für Unternehmen und Fonds, um Klimabelange ernst zu nehmen.

Wie die SEC selbst feststellt, verfolgen viele Unternehmen bereits ihre Kohlendioxidemissionen und prognostizieren die Auswirkungen des Klimawandels auf ihren Betrieb. Andere Unternehmen ziehen es vor, Emissionen oder den Klimawandel als Geschäftsfaktor zu ignorieren. Diese Entscheidung sollte ihnen zugestanden werden. Welche Vorgehensweise ist für die Rentabilität und den laufenden Geschäftsbetrieb eines bestimmten Unternehmens besser? Ich weiß es nicht, und die SEC weiß es auch nicht.

Portfoliomanager und andere, denen Klima- oder Nachhaltigkeitsfragen am Herzen liegen, können ihre eigenen Unternehmen und Fonds gründen und an die Börse bringen, um mit den Unternehmen zu konkurrieren, die ihrer Meinung nach die Probleme des Klimawandels nicht ernst genug nehmen. Tausende solcher grüner Unternehmen und Fonds sind bereits gegründet worden. Auf diese Weise können die Menschen ihre Sorge um die Umwelt direkt durch ihre Kauf- und Investitionsentscheidungen zum Ausdruck bringen.

Die Rolle der SEC in diesen Angelegenheiten sollte sich darauf beschränken, die „Wahrheit in der Werbung“ sicherzustellen – eine polizeiliche Funktion. Die SEC sollte nicht versuchen, einheitliche Standards zu entwickeln oder durchzusetzen, die definieren, was es für ein Unternehmen bedeutet, das Klima ernst zu nehmen. Stattdessen sollte die SEC von den Unternehmen und Fonds, die sich als „grün“ oder

klimafreundlich bezeichnen oder sich verpflichten, ihren Energieverbrauch und ihre Treibhausgasemissionen als Geschäftsstrategie und als Mittel zur Gewinnung von Anlegern zu reduzieren, lediglich Transparenz verlangen. In öffentlich zugänglichen Dokumenten und Offenlegungen sollten die Unternehmen und Fonds verpflichtet werden, konkret darzulegen, welche Maßnahmen sie ergreifen, um auf den Klimawandel zu reagieren, und wie und nach welchem Zeitplan ihre Bemühungen zur Verringerung des Energieverbrauchs und der Treibhausgasemissionen beurteilt werden sollten.

Die SEC sollte nicht nur die transparente Offenlegung angeblich klimafreundlicher Praktiken und Abläufe sicherstellen, sondern auch Unternehmen, die behaupten, „grüne“ Strategien zu verfolgen, routinemäßig überwachen und kontrollieren, so wie sie es auch mit anderen Versprechen von Unternehmen gegenüber Investoren tut. Die SEC sollte auch auf Beschwerden von Anlegern über Unternehmen reagieren, die ihren Auftrag nicht wie angegeben erfüllen, und in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium sicherstellen, dass die leitenden Angestellten, Mitarbeiter und Anleger der Unternehmen nicht in illegale Geschäftspraktiken wie Insiderhandel verwickelt sind oder diese anwenden.

Die SEC hat kein Fachwissen über den Klimawandel und hat nicht bewiesen, dass sie in der Lage ist, die Zukunft zuverlässig vorherzusagen. Es gibt keine unpolitische Rechtfertigung für die SEC, von Unternehmen zu verlangen, über ihre Klimarisiken Rechenschaft abzulegen, geschweige denn über die ihrer Geschäftspartner. Die SEC sollte sich auf die Regulierung des Insiderhandels und falscher Geschäftsbehauptungen beschränken und die Entscheidungen darüber, wie die Geschäftsaussichten angesichts des potenziellen, aber nicht vorhersehbaren Klimawandels maximiert werden können, den Eigentümern und Managern dieser Unternehmen überlassen.

Quellen: [Wall Street Journal](#); [CNBC](#); [U.S. Securities and Exchange Commission](#); [JD Supra](#)

Link:

<https://www.heartland.org/news-opinion/news/sec-abandons-mission-goes-woke-on-climate-change>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

Michael Shellenberger: Deutsche Energiewende mit schuld am Ukraine-Krieg

geschrieben von AR Göhring | 10. April 2022

von AR Göhring

Der amerikanische Umweltaktivist Michael Shellenberger, bekannt durch seine Ablehnung „erneuerbarer Energieanlagen“ in der kalifornischen Wüste, richtet in der *Jungen Freiheit* schwere Anschuldigungen an die deutsche Energiewendepolitik. Titel: Putins Werk und unser Beitrag

Zunächst erinnert Shellenberger an Eigenschaften Rußlands, die nicht ganz so bekannt sind: Die Wirtschaft im Reiche des Bären ist kleiner als die von Texas, und die Lebenserwartung liegt zehn Jahre unter der von Frankreich. Wie kann ein derartiger Zwerg einen Feldzug auf ein Flächenland wie die Ukraine starten?

Es liege am archaischen Willen des Nicht-Westlers Putin, und an der postmodernen Ängstlichkeit Westeuropas. Und:

Was bei dieser Erklärung jedoch fehlt, ist eine Erörterung der materiellen Realität und der grundlegenden wirtschaftlichen Zusammenhänge – zwei Dinge, die Putin weitaus besser zu verstehen scheint als seine Amtskollegen in der freien Welt, insbesondere in Europa.

Die Russen verbrauchen viel weniger Gas, als sie fördern, in Westeuropa ist es andersherum. Der Westen braucht Gazprom also, was, wir schon betonten, auch an der Geheimdiensttätigkeit Rußlands liegt, die westliche „Umwelt“-NGOs finanzieren.

Da liegt für Shellenberger der Hase im Pfeffer: Die grüne Ideologie Gesamtdeutschlands sorge seit 30 Jahren für eine Abhängigkeit vom russischen Gas (das schon seit Ende der 70er fließt). Insbesondere in den reichen DACH-Ländern wird kräftig Stimmung gegen fast alles gemacht, was Energie bringt – Kernkraft, Fracking, Kohle, Öl. Und die Wirtschaft solle auch Ökogründen auch noch schrumpfen – „Degrowth“.

Der US-Klimabeauftragte John Kerry warnte gerade davor, daß eine mediale Konzentration auf den Krieg in der Ukraine vom leidigen Klimathema ablenken würde. Das Gegenteil sei der Fall, meint Shellenberger :

Aber es war die Konzentration des Westens auf die Gesundung des

Planeten durch erneuerbare Energien und die Abkehr von Erdgas und Atomkraft, die es Putin ermöglichte, die Energieversorgung Europas in den Würgegriff zu bekommen.

Zu Hause baute Putin langfristig ausgesprochen billige Kernkraftwerke, damit er noch weniger Gas verbrauchen muß, daß er für teuer Geld an Merkels Reich verkaufen konnte. Bei uns machte man sich hingegen nur Sorgen um Plastikstrohhalme und den „Kohlenstoff-Fußabdruck“ – das eine Thema hatte ein Neunjähriger in einer Schulaufgabe gestartet, das zweite die PR-Abteilung von BP.

Mit dem Ergebnis, daß der russische Anteil an Gaslieferungen für die EU kontinuierlich stieg – 2016 mit 30%, heute 47%. Selbst der Putinfreund Trump warnte in der UN vor der wachsenden Abhängigkeit Deutschlands – was der anwesende Heiko Maas und Kollegen mit Heiterkeit quittierten.

Shellenberger ist kein „Klimaleugner“ (zumindest offiziell), sondern unterstützt das Narrativ von klima-erhitzenden Atemgasen. Mit den großen Klima-Panikmachern des Westens geht er deswegen noch lange nichtkonform:

Sie bezeichnen den Klimawandel als nahe apokalyptische Bedrohung für das Überleben der Menschheit und rümpfen gleichzeitig die Nase über die Technologien, die am meisten und am schnellsten zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen können: Atomkraft und Erdgas.

Die 30% Strom aus deutschen Kernkraftwerken des Jahres 2.000 seien nahezu CO₂-frei gewesen, weswegen sich der Autor darüber wundert, daß man es nicht wie Frankreich mit seinen aktuell 70% Kernstrom macht. Er nennt die Gegenargumente zu den „Erneuerbaren“ und erwähnt einen selten genannten Fakt: China läßt seine billigen Solarmodule, die gern nach Deutschland verkauft werden, in Sklavenarbeitslagern herstellen.

Die deutsche Politik habe mehr Angst vor Greta gehabt als vor Putin. Was nicht bedeutet, daß man nun tatsächlich effizient gegen den Kriegsherrn im Kremlin vorgehe: Die Abwicklung der Erdgasgeschäfte via Banken werde nicht behindert; auch werde der russische Gashahn am deutschen Ende nicht zugeschraubt. Daher fordert Shellenberger klar, die Abhängigkeit von Gas aus Diktaturen zu beenden:

Nationale Sicherheit, Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit erfordern eine stärkere Abhängigkeit von Kernkraft und Erdgas und weniger von Sonnenkollektoren und Windturbinen, die Strom zu teuer machen.

Konkrete Maßnahmen wären:

- Biden sollte Scholz dazu bewegen, die noch betriebsfähigen deutschen Kernkraftwerke wieder hochzufahren oder kritisch zu lassen, u.a. Weltmeister Grohnde. Dadurch spart man elf Milliarden Kubikmeter Erdgas
- Die Nordamerikaner sollten ihre gewaltigen Erdgas- und Ölreserven in einer konzertierten Aktion erschließen, um sich selbst und ihre Verbündeten versorgen zu können. Dafür braucht es Flüssiggas-Hafenterminale, die Scholz zum Glück nun bauen will.
- Die USA müssten aufhören, ihre Kernkraftwerke zu schließen und neue errichten – und zwar die neueste Generation. Die Angst vor den Massen von Atommüll sei nur Panikmache und meist unwissenschaftlich, da die Lagerung technisch erprobt sei (und, wie der EIKE-Leser weiß, absehbar in neuen Kernkrafttypen verarbeitet werden kann, bis fast nichts mehr übrig bleibt).

Michael Shellenberger, geboren 1971, war jahrelang Ökoaktivist und 2008 „Umweltheld des Jahres“ des Time Magazine, bis er aus dem ideologischen Teil der grünen Bewegung ausstieg. Heute plädiert der Umweltjournalist in seinen Büchern und Artikeln für einen rationalen und wirklich effektiven Naturschutz, basierend u.a. auf friedlicher Nutzung der Kernkraft.

Soeben ist sein New York Times-Bestseller „Apokalypse, niemals! Warum uns der Klima-Alarmismus krank macht“ auf Deutsch erschienen.

Nach dem Wald stirbt jetzt auch das Meer – Hirschhausen schlägt wieder zu

geschrieben von AR Göhring | 10. April 2022

von AR Göhring

Klima-Arzt Eckart von Hirschhausen nutzt seine Kolumne im Drogerie-Magazin alverde zur Ankündigung des ökologischen Weltuntergangs. Diesen Monat stirbt: das Meer.

Harald Schmidt galt während seiner Zeit als Moderator der gleichnamigen Show auf Sat.1 und ARD als Schandmaul – wobei die verbalen Rüpeleien eher der Unterhaltung dienten. Aber er kann auch ernsthaften Klartext: In einer Radiosendung der Komikerin Hazel Brugger verriet er, daß sein

Team den 2007 und 08 in der Schmidt&Pocher-Show auftretenden Hirschhausen „gehaßt“ habe, weil dieser so „schmierig“ gewesen sei. Schmidt habe sich sogar verleugnen („ghosting“) lassen, weil Hh wie eine „Klette“ gewesen sei. Nichtsdestotrotz sei der Arzt mit der roten Nase ein Publikumsmagnet.

Hätte man derartiges vom sympathischen Arzt und Erklärbären Hirschhausen erwartet?

Mittlerweile ja, da der omnipräsente Popstar 2019 gleichzeitig mit Luisa Neubauer auf den Greta-Zug aufsprang und nun nicht mehr nur wie früher unterhaltsame Wissenschafts-Ergebnisse präsentiert, was er sehr gut kann, durchaus mit Gewinn für das Publikum. Mittlerweile bringt er aber wie der ähnlich arbeitende Harald Lesch die Märchen der Weltuntergangs-Professoren mit seiner speziellen Art an den zahlenden Gläubigen.

Wir hatten schon einmal einen Artikel von ihm über das nun wieder auftretende „Waldsterben“ und sein Klima-Erde-Buch berichtet. Nun legt der Panikmacher nach und schreibt im Schmink- und Kosmetik-Magazin alverde der Drogeriekette dm über an Sauerstoffmangel sterbende Meere. Grund: Warmes Wasser kann nicht so viel Gase lösen wie kaltes – bei warmer Luft und Feuchtigkeit ist es genau andersherum. Deswegen sind die Äquatorialbereiche der Ozeane gar nicht so freundlich für Tiere, wie man vermuten würde – in der Arktis und Antarktis fängt man viel mehr Fische und Krabben.

Und da wegen der „Erderwärmung“ die Meere bekanntlich immer „heißer“ werden, ist weniger Sauerstoff drin (seltsamerweise aber mehr CO₂, das dann die Korallen über den sauren pH-Wert killen soll...). Ergebnis: Fischsterben, wie im „Hitzesommer 2017“, als es in der Ostsee zu einem „regelrechten Massensterben“ kam. Aber lag es wirklich an der Hitze – war das ein Menetekel für die ganze Erde? Unsinn – wie Hirschhausen selber sogar betont, ist die Ostsee ein zwischen Landmassen eingeklemmtes Meer mit einem einzigen engen Zugang zum Atlantik, dem Skagerrak zwischen Dänemark und Skandinavien. Daher kann man die Ostsee gewissermaßen als riesiges Bassin betrachten, in dem wenig Bewegung ist und daher jeder Eintrag, Wärme oder Stoffe, lokal viel stärker wirkt als in der stürmischen Nordsee, die eigentlich ein Teil des Atlantiks ist. Schon der niedrige Salzgehalt des östlichen Meeres zeigt, daß das Brackwasser mit den großen Ozeanen nicht allzu viel zu tun hat.

Da ist es leicht, aus örtlich und zeitlich begrenzten Ereignissen irgend etwas mit „Klima“ zu konstruieren. Oder „Umweltverschmutzung“ – Hirschhausen hebt auf den Dünger ab, der als „Sauerstoffkiller“ massenhaft in die Meere gerate, dort Algenblüten hervorrufe, deren tote Biomasse durch bakterielle Zersetzung den ganzen Sauerstoff verbrauche. Kennen Sie das Argument? Ja, und zwar aus der Limnologie, von hypertrophierten Seen, die durch Düngereintrag tatsächlich „umkippen“ können, wie der Ökologe sagt. In solchen Fällen kann man entweder Jahre

warten, bis die mächtige Natur sich erholt hat, oder mit speziellen Maschinen nachhelfen (Sauerstoff-Wiederanreicherung etc.). Das Problem betrifft aber nur kleine Seen ohne großen Zu- und Ablauf – ein Riesen-Brackwasserteich wie die Ostsee, oder gar die lauend durchgewühlten Ozeane, ist davon nicht betroffen. Ein üblicher Trick: Probleme aufblasen und auf andere Systeme übertragen.

Richtig unhygienisch wird es, wenn Hh sogar Luftschadstoffe wie Stickoxide, die die DUH an Stuttgarter Kreuzungen in angeblich astronomischer (astrologischer?) Konzentration mißt, für das Meeressterben verantwortlich macht.

Dadurch wird in manchen Meeresregionen der Sauerstoff immer knapper, es entstehen regelrechte Todeszonen.

Wo und wann, lesen wir nicht, außer die eine Zeile zur Ostsee, die zwar offiziell ein Meer, aber kein Oceanos ist (Meere sind immer von Landmassen eingeschlossen, bei den Ozeanen ist es andersherum – Hh verwendet das Wort „Meer“ hier also etwas unscharf, was aber nicht unüblich ist). Hirschhausens Fazit:

Wer das Meer retten will, beginnt damit an Land. Viel weniger Dünger und Gülle auf die Felder, dann stinkt auch die Ostsee nicht so zum Himmel.

Ach, wirklich. Und den Klimawandel bekämpfen, ist irgendwie für alles gut.

Beim Lesen erstaunt, wie kongruent Profiteure der Wissenschaftsverdrehung und selbst Markenmagazine inhaltlich schreiben. Schaut man sich die neue alverde einmal komplett an, liest man da:

Schauspielerinnen-Interview

Hasen-Fakten zum Schmunzeln

Nägel kunterbunt

Farbige Hingucker: lila Lider

Clean Beauty

Heute lockig, morgen glatt

Seilspringen

Kürbiskerne

Abnehmen oder annehmen?

Und vieles mehr zu Gesundheit und Kosmetik, was Frauen gerne lesen (ja, und manche Männer...).

Mittendrin aber so etwas:

Gendermedizin – Wo das Geschlecht den Unterschied macht

Herzensangelegenheit: Wald

Wie geht es unseren Ozeanen? Hh

Neben völlig unpolitischen Beiträgen knallharte Interessenspolitk von Weltanschauungskriegern – das nennt man wohl *Framing*. Sehr gutes übrigens – wenn man keine Alarmglocken im Kopf hat, merkt man durch gefälliges Design und idyllische Fotos, sogar Hh druckt einen Kinder-Schnapschuß von der Ostsee ab, kaum, daß hier Glaubensinhalte für die Finanzierung von Priestern verkauft werden sollen.

Biden lügt bzgl. der Öl- und Gas-Industrie weiterhin wie gedruckt

geschrieben von Chris Frey | 10. April 2022

[David Middleton](#)

Die US-Ölgesellschaften, die ihre größten Gewinne seit Jahren verbuchen, haben die Wahl. Erstens können sie diese Gewinne produktiv einsetzen, indem sie mehr Öl fördern, stillgelegte Bohrlöcher wieder in Betrieb nehmen oder auf den bereits gepachteten Flächen produzieren – und so dem amerikanischen Volk einen Vorteil verschaffen, indem sie einen Teil der Einsparungen an ihre Kunden weitergeben und den Preis an der Zapfsäule senken.

Oder sie können, wie es einige von ihnen tun, die Situation ausnutzen: sich zurücklehnen, die Gewinne an ihre Investoren weiterleiten und – während amerikanische Familien darum kämpfen, über die Runden zu kommen.

[**Bemerkungen**](#) von Präsident Biden zu Maßnahmen zur Senkung der Benzinpreise an der Zapfsäule für amerikanische Familien, 31. März 2022

Ist Biden so dumm? Oder ist das Lügen einfach seine Standardposition?

Jedes Wort, das Biden in seiner Erklärung vom 31. März über die Ölindustrie sagte, war entweder eine unverfrorene Lüge oder ein unlogischer Satz:

Es ist, als hätte dieser Idiot noch nie in seinem Leben einen richtigen Job gehabt. Ich habe die obigen Lügen bereits hier angesprochen.

Biden ließ daraufhin eine Lüge über den CEO einer Ölgesellschaft folgen:

Ein CEO [= geschäftsführender Direktor] hat sogar zugegeben, dass es ihm egal ist, ob der Ölpreis auf 200 Dollar pro Barrel steigt. Sie werden die Produktion nicht erhöhen.

Bemerkungen von Präsident Biden zu Maßnahmen zur Senkung der Gaspreise an der Zapfsäule für amerikanische Familien, 31. März 2022

Diese Lüge scheint sich auf die Äußerungen des CEO von Pioneer Resources, Scott Shefffield, in einem Interview mit Bloomberg zu beziehen. Der hat in Wirklichkeit Folgendes gesagt:

Nicht einmal ein Ölpreis von 200 Dollar wird die Schiefergas-Giganten dazu bringen, aggressiv zu bohren

Tsvetana Paraskova, 18. Februar 2022

Einige private Produzenten haben ihre Ausgaben für weitere Bohrungen erhöht, aber die größten börsennotierten unabhängigen Unternehmen halten sich zurück und versprechen, dies auch mittelfristig zu tun.

„Wir werden unsere Wachstumspläne nicht ändern, ganz gleich, ob der Ölpreis 150 \$, 200 \$ oder 100 \$ beträgt“, sagte Scott Shefffield, Vorstandsvorsitzender von Pioneer Natural Resources, in einem Interview mit Bloomberg Television. „Wenn der Präsident will, dass wir wachsen, glaube ich einfach nicht, dass die Industrie überhaupt wachsen kann“, fügte Shefffield hinzu.

Die Kapitaldisziplin der börsennotierten unabhängigen Unternehmen im US-Schiefergestein verheißt nichts Gutes für die Benzinpreise in den USA und für die Zustimmungsraten von Präsident Biden. Dennoch bleiben Unternehmen wie Pioneer Natural Resources, Continental Resources und Devon Energy diszipliniert und planen ein jährliches Produktionswachstum von nicht mehr als 5 Prozent.

„Wir gehen davon aus, dass wir in den nächsten fünf Jahren ein flaches bis 5-prozentiges jährliches Produktionswachstum erzielen werden, wie wir bereits früher festgestellt haben“, sagte der CEO von Continental Resources, Bill Berry, diese Woche bei der Telefonkonferenz zu den Ergebnissen des vierten Quartals.

Shefffield sagte in der Telefonkonferenz von Pioneer und bezog sich dabei auf das Produktionswachstum: „Langfristig bewegen wir uns immer noch in

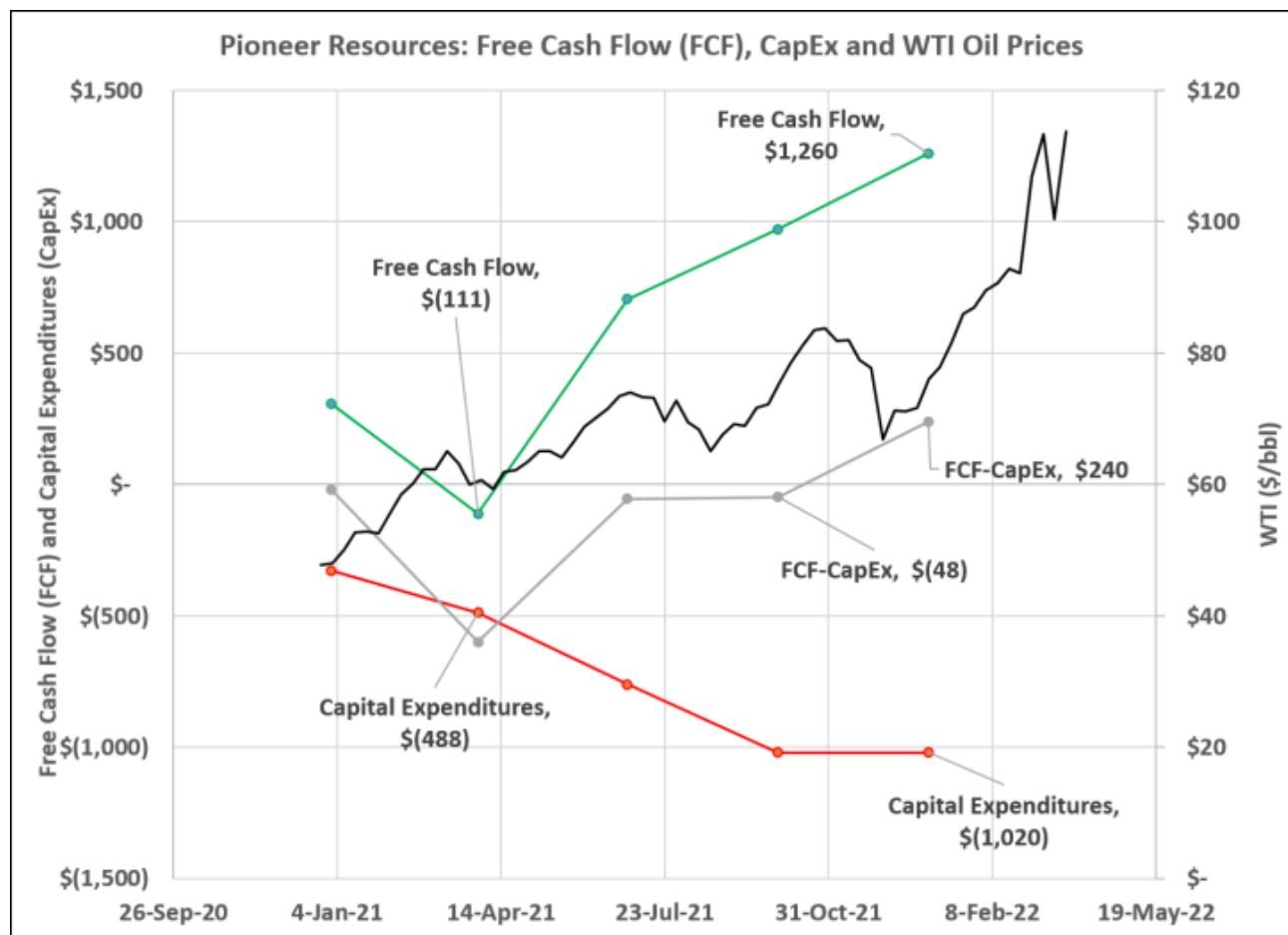
einem Bereich von 0 bis 5 %. Es wird schwanken. Wir werden unsere Wachstumsrate nicht ändern, wie ich schon sagte, bei 100 \$ Öl, 150 \$ Öl, wir werden unsere Wachstumsrate nicht ändern. Wir denken, dass es wichtig ist, den Aktionären Geld zurückzugeben.

Was die Branche betrifft, so war es interessant, einige der bisherigen Ankündigungen zu beobachten, denn die öffentlichen unabhängigen Unternehmen halten sich an die Vorgaben. Ich bin zuversichtlich, dass sie dies auch weiterhin tun werden“, sagte Sheffield.

[...]

[OilPrice.com](#)

Scott Sheffield hat nicht gesagt, dass es ihm egal ist, wenn der Ölpreis auf 200 \$/Barrel steigt oder dass Pioneer die Produktion nicht erhöhen würde. Um die Produktion zu steigern, müssen die Unternehmen ihre Investitionsausgaben erhöhen. Pioneer hat, wie die meisten Ölunternehmen, seine Kapitalausgaben als Reaktion auf die höheren Preise stetig erhöht. In den letzten fünf Quartalen hat Pioneer Resources seine Kapitalausgaben (CapEx) von 328 Mio. \$ auf 1.070 Mio. \$ erhöht und dabei in vier dieser Quartale einen positiven freien Cashflow erzielt:



[Pioneer Resources \(PXD\)](#): Free Cash Flow (FCF), Capital Expenditures (CapEx) und WTI Ölpreise.

Der freie Cashflow ermöglicht es Unternehmen, zu wachsen, Schulden zu tilgen und/oder Wert an die Aktionäre zurückzugeben.

Cashflow

Der [Cashflow](#) ist der Nettobetrag an Zahlungsmitteln und [Zahlungsmitteläquivalenten](#), der in ein Unternehmen hinein und aus ihm heraus transferiert wird. Ein positiver Cashflow zeigt an, dass die liquiden Mittel eines Unternehmens zunehmen, so dass es in der Lage ist, Schulden zu begleichen, in sein Geschäft zu reinvestieren, Geld an die Aktionäre zurückzugeben und Ausgaben zu tätigen. Der Cashflow wird in der [Cashflow-Rechnung](#) ausgewiesen, die drei Abschnitte enthält, in denen die Aktivitäten beschrieben werden. Diese drei Abschnitte sind der Cashflow aus betrieblicher Tätigkeit, aus Investitionstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit.

Freier Cashflow

Der [freie Cashflow](#) (FCF) ist der Cashflow, den ein Unternehmen durch seine Geschäftstätigkeit erwirtschaftet, nachdem es alle Ausgaben für Investitionen in [Anlagevermögen](#) wie [Sachanlagen](#) abgezogen hat. Mit anderen Worten: Der freie Cashflow oder FCF ist das Geld, das übrig bleibt, nachdem ein Unternehmen seine Betriebskosten und [Investitionsausgaben](#) bezahlt hat.

Der freie Cashflow zeigt, wie effektiv ein Unternehmen seine Barmittel erwirtschaftet und verwendet. Der freie Cashflow wird verwendet, um zu messen, ob ein Unternehmen nach der Finanzierung des Betriebs und der Investitionsausgaben über genügend Barmittel verfügt, um den Anlegern [Dividenden](#) und [Aktienrückkäufe](#) zu zahlen. Um den FCF zu berechnen, müssen wir die [Investitionsausgaben](#) vom Cashflow aus der Geschäftstätigkeit abziehen. (Siehe „Wie lautet die Formel für die Berechnung des freien Cashflows“ [hier](#))

Investopedia

Sheffield erklärte, dass Pioneer seine Wachstumspläne als Reaktion auf kurzfristige Schwankungen der Ölpreise nicht wesentlich ändern werde. Er betonte, dass die Schieferproduzenten eigentlich nicht in der Lage sind, ihre Produktion wesentlich schneller zu steigern. Drei wichtige, nichtstaatliche Faktoren hemmen das Wachstum: 1) Arbeitskräftemangel, 2) Materialknappheit und 3) die Forderung der Aktionäre nach höheren Investitionsrenditen. Biden mag das nicht verstehen, aber die Aktionäre sind die Eigentümer der Unternehmen, nicht er. Aktionäre und Finanzinstitute fordern, dass höhere Investitionsrenditen Vorrang vor der Art von schnellem Wachstum haben, wie es zwischen 2008 und 2014 der Fall war. Damals reagierten die „Schiefer“-Unternehmen auf den Ölpreis von über 100 Dollar pro Barrel mit einer viel schnelleren Produktionssteigerung, um dann festzustellen, dass ihnen die OPEC Ende 2014 den Boden unter den Füßen weggezogen hat.

Kein Ölunternehmen hat einen Drehknopf, mit dem es die Fördermenge als Reaktion auf Veränderungen der Ölpreise einfach hoch- oder runterdrehen kann. Um die Produktion zu steigern, müssen die Ölgesellschaften mehr Bohrungen vornehmen. Dies erfordert einen höheren Kapitalaufwand. Pioneer und die meisten anderen Ölgesellschaften reagieren auf die höheren Preise mit einer langsamen Erhöhung der Investitionsausgaben, wodurch die Produktion auf nachhaltige Weise gesteigert wird.

Anschließend wiederholte Biden die Lüge von den ungenutzten Genehmigungen und Pachtverträgen und fügte seinem Köcher der Unredlichkeit eine neue Lüge hinzu.

Eine neue Biden-Lüge: „Macht es, oder macht es nicht“ [Original: „Use it or Lose it“]

Im Moment sitzt die Öl- und Gasindustrie auf fast 9.000 ungenutzten, aber genehmigten Bewilligungen für die Produktion auf Bundesland. Es gibt mehr als 4³/₄ Millionen ungenutzte Hektar, auf denen zu pumpen sie ein Recht haben.

Die Familien können es sich nicht leisten, dass die Unternehmen auf diesen Flächen sitzen bleiben.

Um diesen ersten Teil meines Plans zu verwirklichen, fordere ich eine „Use it or lose it“-Politik.

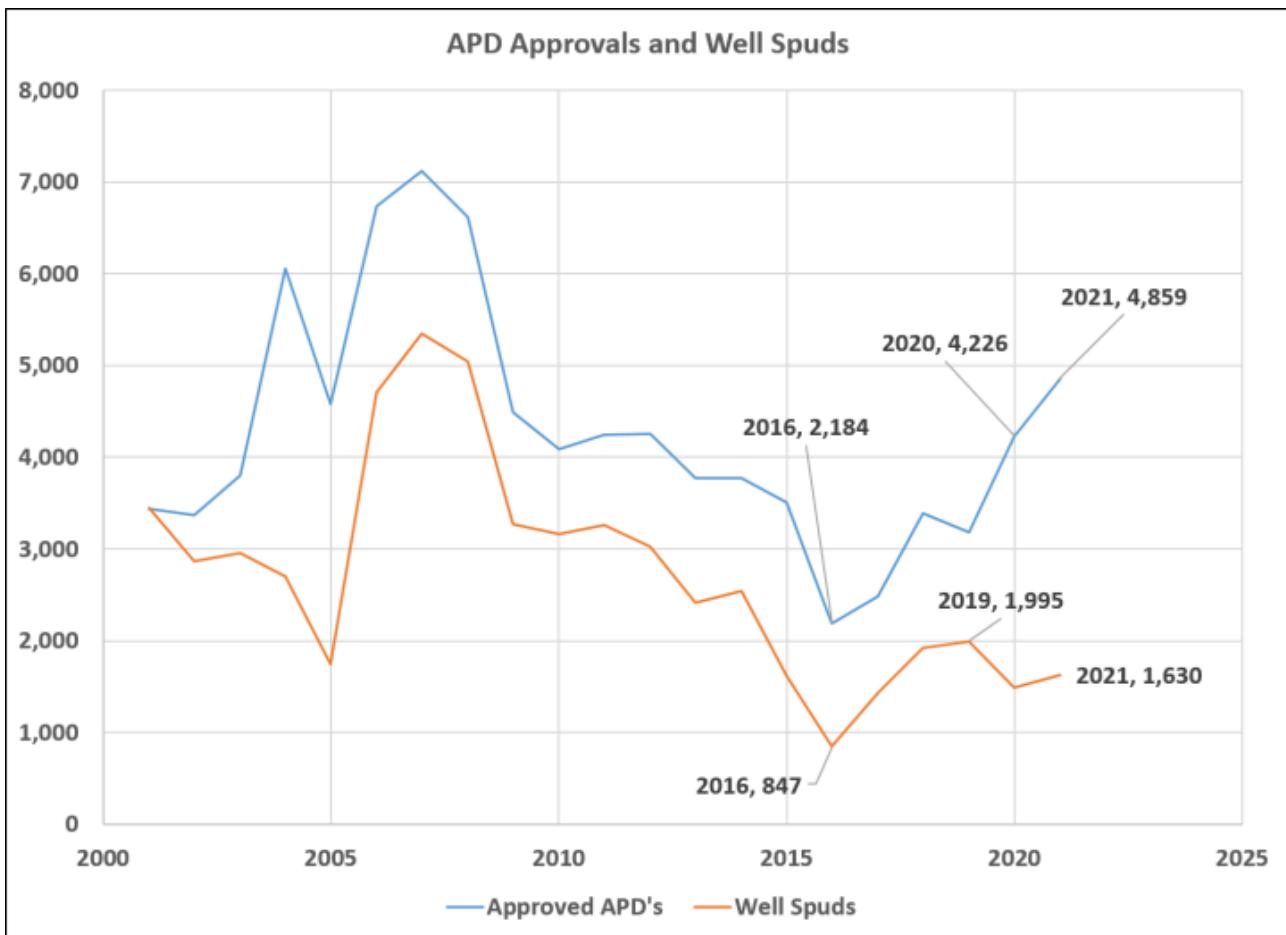
Der Kongress sollte Unternehmen dazu bringen, Gebühren für Bohrungen auf Bundespachtgebieten zu zahlen, die sie seit Jahren nicht genutzt haben, und für Hektar öffentliches Land, das sie ohne Produktion horten.

Unternehmen, die bereits aus diesen Bohrlöchern fördern, sind davon nicht betroffen. Aber diejenigen, die auf ungenutzten Pachtverträgen und ungenutzten Bohrlöchern sitzen, müssen entweder mit der Produktion beginnen oder den Preis für ihre Untätigkeit zahlen.

Bemerkungen von Präsident Biden zu Maßnahmen zur Senkung der Gaspreise an der Zapfsäule für amerikanische Familien, 31. März 2022

„Die Öl- und Gasindustrie sitzt auf fast 9.000 ungenutzten, aber genehmigten Bewilligungen für die Produktion auf Bundesland.“

Das ist eine Lüge. Es handelt sich nicht um „Genehmigungen für die Produktion auf Bundesland“. Es handelt sich um Genehmigungen zum Bohren auf Bundespachtgebieten. Niemand sitzt auf irgendetwas. Als Biden für das Präsidentenamt kandidierte, war eines seiner oft wiederholten Versprechen, alle neuen Genehmigungen auf Bundesland und in Bundesgewässern zu stoppen. Als Reaktion auf dieses Versprechen horteten die Ölgesellschaften mit großen Pachtflächen auf Bundesland genug **Genehmigungen**, um ihre Bohrprogramme für mehrere Jahre aufrechtzuerhalten.



Bohr-Genehmigungen (APD) und Abteufen von Bohrlöchern (Spuds) auf BLM-Grundstücken.

Ein APD hat eine Gültigkeit von zwei Jahren. Nach Ablauf dieses Zeitraums kann ein Betreiber eine Verlängerung um zwei Jahre beantragen. Viele der überschüssigen Genehmigungen werden Ende 2022 auslaufen. Der einzige Grund, warum es derzeit eine übermäßige Anzahl genehmigter APDs im Verhältnis zu den Bohrungen gibt, ist die Tatsache, dass Biden versprochen hat, die Genehmigungen zu stoppen, falls er ins Weiße Haus einzieht.

„Es gibt mehr als [12] Millionen ungenutzte Acres, auf die sie ein Recht haben – um darauf zu pumpen.“

Eine weitere Lüge. Niemand sitzt auf irgendetwas. Darüber hinaus ist die Vorstellung, dass wir auf einer Pacht „pumpen“ können, nur weil es sich um eine Mineralienpacht handelt, so ziemlich das Schwachsinnigste, was Biden je gesagt hat ... Und das ist gegen eine sehr harte Konkurrenz.

Biden scheint sich auf Onshore-Pachtverträge zu beziehen, die vom Bureau of Land Management (BLM) verwaltet werden.

Ende des GJ 2018 waren rund 10,4 Millionen Hektar Bundesfläche an Öl- und Gaserschließer verpachtet. Auf etwa 5,1 Millionen Hektar davon wird Öl und Gas in wirtschaftlichen Mengen erzeugt. Diese Aktivität stammte

aus über 96.000 Bohrungen auf etwa 24.000 produzierenden Öl- und Gaspachtverträgen.

Bureau of Land Management

Auf etwa die Hälfte der gepachteten Flächen wird „Öl und Gas in wirtschaftlichen Mengen“ gefördert. Die andere Hälfte besteht aus Pachtflächen, auf denen keine wirtschaftlichen Öl- und Gasmengen mehr gefördert werden, aus Prospektionsflächen, die bereits bebohrt und aufgegeben wurden, aus Prospektionsflächen, auf denen noch nicht gebohrt wurde, und aus „Trend“-, „Spiel“- oder „Schutz“-Flächen. Ölgesellschaften bieten oft auf alle offenen Flächen in den „Hot Plays“ und „Trends“ mit dem Ziel, möglicherweise bohrbare Vorkommen zu erschließen. Sie pachten auch Flächen in der Nähe guter Aussichten und neuer Entdeckungen, um andere Unternehmen daran zu hindern, in die „Ecke zu schießen“. Mineralienpachtverträge haben eine Hauptlaufzeit. Ein Unternehmen kann den Pachtvertrag für die gesamte Hauptlaufzeit halten, solange es die in der Pachtvereinbarung (Vertrag) festgelegten Bedingungen einhält. Viele, wenn nicht sogar die meisten, dieser Art von Pachtverträgen laufen ohne Bohrungen aus. Die Situation vor der Küste ist ähnlich.

Es kommt nur selten vor, dass eine Ölgesellschaft ein Gebot für ein „bohrbereites“ Grundstück abgibt. Nachdem die Pachtverträge vergeben wurden, geben die Unternehmen Geld für zusätzliche geophysikalische Daten, die erneute Verarbeitung vorhandener Daten und die Durchführung detaillierter geologischer und technischer Arbeiten aus, die erforderlich sind, um das Projekt in ein bohrfähiges Stadium zu bringen. Selbst dann wird nur dann gebohrt, wenn es noch wirtschaftlich attraktiv ist und von der Ölgesellschaft budgetiert werden kann, vorausgesetzt, die Bundesregierung genehmigt alle erforderlichen Anträge.

Rick Farmer hat das Konzept in diesem [LinkedIn-Beitrag](#) ganz klar dargelegt:

Die Familien können es sich nicht leisten, dass die Unternehmen darauf sitzen bleiben – ihre Hände.

Der Kongress sollte die Unternehmen dazu bringen, Gebühren für Bohrlöcher auf Bundespachtflächen zu zahlen, die sie seit Jahren nicht genutzt haben, und für Hektar öffentliches Land, das sie ohne Produktion horten.

Wir zahlen bereits Gebühren für Bundespachtgebiete, auf denen nicht produziert wird. Nehmen wir den Golf von Mexiko als Beispiel:

Pachtbonus: Wenn ein Unternehmen ein Gebot für einen OCS-Block (äußerer Kontinentalschelf) im Rahmen eines Bundespachtverkaufs abgibt, muss es eine Anzahlung in Höhe von 1/5 des Pachtbonus' (Gebotsbetrag) leisten. Erhält das Unternehmen den Zuschlag, muss es den Rest des Bonusbetrags zahlen. Die 1/5-Kaution wird den Unternehmen, deren Gebot nicht

angenommen wurde, zurückerstattet.

Pachtzahlungen: Ab dem Zeitpunkt der Erteilung des Zuschlags bis zur Aufnahme der Produktion zahlt der Betreiber eine Pacht. Die jährlichen Pachtgebühren liegen derzeit zwischen 5 und 11 \$/acre. Die meisten Offshore-Pachtverträge umfassen entweder 5.000 (Schelf) oder 5.760 Acres (Tiefsee). Die jährliche Gesamtpacht für einen OCS-Block liegt im Allgemeinen zwischen 25.000 und 63.360 Dollar.

Lizenzgebühren: Sobald die Produktion aufgenommen wurde, erhält die Bundesregierung 12,5 % bis 18,75 % der Bruttoeinnahmen aus den Öl- und Gasverkäufen im Zusammenhang mit diesem Pachtvertrag. Das sind 12,5 % bis 18,75 % der Bruttoeinnahmen... Die Regierung erhält diesen Anteil von Anfang an, lange bevor der Betreiber seine Investitionen in den Vermögenswert zurückhält. Öl- und Gaslizenzgebühren sind die zweitgrößte Einnahmequelle der Bundesregierung, nach den Einkommenssteuern.

Haben Biden (oder seine Puppenspieler) gelogen? Oder war er sich dessen einfach nicht bewusst? Diese Informationen sind über das Bureau of Ocean Energy Management ([BOEM](#)) leicht zugänglich.

„Unternehmen, die bereits aus diesen Bohrlöchern fördern, sind davon nicht betroffen.“

WOVON hat Biden da eigentlich geredet?

„Diejenigen, die auf ungenutzten Pachtverträgen und ungenutzten Bohrlöchern sitzen, müssen entweder mit der Produktion beginnen oder den Preis für ihre Untätigkeit zahlen.“

Wie bereits erwähnt, sitzt niemand „auf ungenutzten Pachtverträgen“, und wir zahlen bereits einen Preis dafür, dass wir die Pachtverträge behalten. Und die Vorstellung, dass wir auf „ungenutzten Bohrlöchern“ sitzen, hat soeben Bidens bisherigen Rekord für die schwachsinnigste Aussage, die er je gemacht hat, überboten. Wenn die Förderung eingestellt wird, hat der Betreiber ein Jahr Zeit, die Förderung wieder aufzunehmen, oder der Pachtvertrag wird gekündigt, und das passiert:

Ungenutztes Eisen

Von der ersten Unterschrift unter einen Pachtvertrag an wissen die Offshore-Betreiber, dass sie das Gebiet nach den Bohrungen und der Förderung von Kohlenwasserstoffen (Erdöl und Erdgas) säubern und die auf dem gepachteten Gebiet errichteten Anlagen und Strukturen stilllegen müssen, was auch als Plug and Abandonment (P & A) bezeichnet wird.

Die gängigste Art der Rückgewinnung eines Standorts besteht darin, die Überbauung zu entfernen und sie oft als Schrott zu verkaufen. In anderen Fällen kann es erforderlich sein, die Struktur zu demontieren und zu entfernen, z. B. bei Sturmschäden, bei Verwendung anderer Ausrüstung an

der ursprünglichen Struktur oder wenn ein anderes Unternehmen das Bohrloch nutzt. Jeder Betrieb, der stillgelegt wird und nicht mehr „wirtschaftlich lebensfähig“ ist, schwer beschädigte Infrastrukturen oder ungenutzte Infrastrukturen auf aktiven Pachtverträgen werden gemäß NTL 2018-G03 als „ungenutztes Eisen“ betrachtet.

Die BSEE-Richtlinie „Idle Iron“ verhindert, dass inaktive Anlagen und Strukturen den Golf von Mexiko verschmutzen, indem sie die Unternehmen dazu verpflichtet, die Infrastruktur nach der Schließung nicht produzierender Bohrlöcher abzubauen und verantwortungsvoll zu entsorgen. Das BSEE setzt diese Pachtverträge vor allem aus zwei Gründen durch, die über die CFR-Anforderungen hinausgehen:

1. Auswirkungen auf die Umwelt: Abgestürzte Strukturen stellen eine potenzielle Gefahr für die Umwelt dar, da die Oberseite und die dazugehörige Ausrüstung, Elektronik, Verkabelung, Rohrleitungen, Tanks usw. auf dem Grund des Golfs von Mexiko zurückbleiben. Diese Teile stellen eine finanzielle, sicherheitstechnische und ökologische Belastung dar und müssen vom Meeresgrund entfernt werden.

2. Sicherheit – Schwere Unwetter wie Hurrikane haben die mit der Öl- und Gasförderung verbundenen Strukturen umgestürzt, schwer beschädigt oder zerstört. Während jedes Bauwerk während eines Hurrikans zerstört werden kann, stellen ungenutzte Anlagen ein unnötiges Risiko dar, dass Lecks aus den Bohrlöchern in die Umwelt gelangen und das Ökosystem, vorbeifahrende Schiffe und kommerzielle Fischer schädigen können.

Bureau of Safety and Environmental Enforcement ([BSEE](#))

Idle Iron ist der Grund dafür, dass der westliche Schelf des Golfs von Mexiko (Flachwasser) so gut wie dauerhaft tot ist. Selbst wenn ein neues Vorkommen erkannt wird, ist der größte Teil der Infrastruktur verschwunden. Der zentrale Schelf des Golfs von Mexiko wird noch eine ganze Weile überleben, da die Tiefseeproduktion noch einen Großteil der Infrastruktur nutzt.

Als 41-jähriger Veteran der Öl- und Gasindustrie, der hauptsächlich auf Bundespachtgebieten im zentralen Golf von Mexiko gearbeitet hat, habe ich noch nie eine so offenkundig unehrliche, korrupte und inkompetente Regierung erlebt. Dass der angebliche Präsident der Vereinigten Staaten ständig über einen amerikanischen Industriezweig lügt, ist unentschuldbar, vor allem, wenn seine Handlungen uns lähmen.

Ein Bundespachtvertrag ist ein verbindlicher Vertrag zwischen der Regierung und Öl- und Gasunternehmen. Nur durch und durch korrupte Diktatoren ändern einseitig die Bedingungen eines Vertrags. Vor Biden war diese Art gesetzlosen Verhaltens auf Leute wie Hugo Chavez und Muammar Gaddafi beschränkt.

Weitere, damit im Zusammenhang stehende Beiträge:

- [Jen Psaki: "There are 9,000 approved oil leases that the oil companies are not tapping into currently" ... Aeuhhh?](#)
- [Jen, Joe... Is it 9,000 leases or 9,000 permits that oil companies are allegedly sitting on?](#)
- [Biden's "They have 9,000 to drill onshore that are already approved" Drilling Permits Canard](#)

Acronyms/Abbreviations/Jargon

- APD: Application for Permit to Drill
- bbl: barrel (42 US gallons)
- BLM: Bureau of Land Management
- BOEM: Bureau of Ocean Energy Management
- BSEE: Bureau of Safety and Environmental Enforcement
- CapEx: Capital Expenditures
- CEO: Chief Executive Officer
- CFR: Code of Federal Regulations
- EIA: Energy Information Administration
- FCF: Free Cash Flow
- NTL: Notice To Lessees
- OPEC: Organization of Petroleum Exporting Countries
- P&A: Plugged and Abandoned
- PXD: Pioneer Natural Resources Co.
- Spud: Start drilling a well
- WTI: West Texas Intermediate

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2022/04/04/biden-continues-to-lie-about-the-oil-gas-industry/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

Klimawissen kurz&bündig: Ampel-Koalitionsvertrag: Was sagt er eigentlich zu Energie und Klimaschutz?

geschrieben von AR Göhring | 10. April 2022

Nr. 17: Die neue Bundesregierung aus FDP, SPD und Grünen hat nach der Bundestagswahl einen Koalitionsvertrag geschlossen, in dem die geplante sozial-ökologische Marktwirtschaft skizziert wird. Was steht drin? Zum Beispiel die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels der Erderwärmung, und die Einhaltung der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen.